



Niederschrift

Sitzung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Sitzungstermin:	Montag, 03.02.2020
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	22:07 Uhr
Raum, Ort:	Bürgerschaftssaal des Rathauses, Markt, 17489 Greifswald

Anwesend

Vorsitzende/r
Egbert Liskow

Mitglied
Birgit Socher
Kira Wisnewski
Ibrahim Al Najjar
Ulrike Berger
Angelika Bittner
Ulf Burmeister
Camille Marie Damm
Rita Duschek
Robert Gabel
Yvonne Görs
Prof. Dr. Frank Hardtke
Tjorven Hinzke
Axel Hochschild
Katharina Horn
Anja Hübner
Heiko Jaap
Hulda Kalhorn
Dr. Jörn Kasbohm
Dr. Andreas Kerath
Gamal Khalil
Gesine Krauel
Alexander Krüger
Jörg-Uwe Krüger
Christian Kruse

Jürgen Liedtke
Dr. Thomas Meyer
Prof. Dr. Markus Münzenberg
Timo Neder
Gerd-Martin Rappen
Prof. Dr. Thomas Stamm-Kuhlmann
Prof. Dr. Madeleine Tolani
Dr. Jörg Valentin
Erik von Malottki
Dr. Monique Wölk
David Wulff
Grit Wuschek ab TOP 10.9
Ingo Ziola

Protokollant/in
Sarah Wiesenberg

Abwesend

<u>Mitglied</u>	
Wolfgang Jochens	entschuldigt
Nikolaus Kramer	entschuldigt
Stephan Reuken	entschuldigt
Dr. Mignon Schwenke	entschuldigt
Katja Wolter	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
- 2.1 14. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
- 2.2 Aufstockung des Veranstaltungsbudgets zur Realisierung eines gelungenen Schulabschlusses BV-P/07/0121
Fraktion BG/FDP/KfV
- 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.12.2019
- 4 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/innen
- 5 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
- 6 Mitteilungen des Präsidenten unter anderem über nichtöffentlich gefasste Beschlüsse nach § 31 (3) der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern
- 7 jährlicher Bericht des Seniorenbeirates
- 8 jährlicher Bericht des Frauenbeirates
- 9 Beschlusskontrolle
- 9.1 Leitfaden städtische Werbung 06/1809-01-01
SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ (interfraktionell angestrebt)
- 9.2 Greifswald ruft den Klimanotstand aus BV-P/07/0001-01
SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 9.3 Grünflächenpatenschaften und urbane Landwirtschaft unterstützen BV-P/07/0007
SPD-Fraktion

9.4	Stadt Begrünung ausweiten – Blühflächen und Unterschlund für Insekten herstellen SPD-Fraktion	BV-P/07/0068
9.5	Flachdächer begrünen – Bienenhaltestellen schaffen SPD-Fraktion	BV-P/07/0069
9.6	Sibylla-Schwarz-Haus SPD-Fraktion	BV-P/07/0058-01
10	Beratung der Beschlussvorlagen	
10.1	Besetzungen	
10.1.1	Besetzungen ZG BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - AL	BV-P/07/0116-01
10.1.2	Besetzung OTV Schönwalde I/Südstadt Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ	BV-P/07/0118
10.1.3	Besetzung Nahverkehrsbeirat Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ	BV-P/07/0119
10.1.4	Besetzung OTV Zählgemeinschaft CDU-Fraktion und Frau Wuschek	BV-P/07/0120
10.2	Solidarität mit dem Jugendzentrum klex Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD- Fraktion	BV-P/07/0125
10.3	Beitritt "Mayors for Peace"	BV-V/07/0131
10.4	Umwidmung Strandbad Eldena und Beschlussfassung Badesatzung	BV-V/07/0043-03
10.4.1	Änderungsantrag zu „Umwidmung Strandbad Eldena und Beschlussfassung Badesatzung“ BV-V/07/0043- 02 Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT und TIERSCHUTZ	BV-P/07/0086
10.5	Förderung des sozialen Wohnungsbaus und des nicht geförderten Mietwohnungsbaus	BV-V/07/0104
10.5.1	Änderungsantrag zu BV-V/07/0104: Förderung des sozialen Wohnungsbaus und des nicht geförderten Mietwohnungsbaus Dr. Monique Wölk für die AG Bezahlbarer Wohnraum	BV-P/07/0114
10.5.2	Änderungsantrag: Förderung des sozialen Wohnungsbaus und des nicht geförderten Mietwohnungsbaus SPD-Fraktion	BV-P/07/0123

10.6	Mögliche Grundstücke für den sozialen, bezahlbaren und sonstigen Wohnungsbau	BV-V/07/0120
10.6.1	Änderungsantrag zu BV-V/07/0120: Mögliche Grundstücke für den sozialen, bezahlbaren und sonstigen Wohnungsbau <i>Dr. Monique Wölk für die AG Bezahlbarer Wohnraum</i>	BV-P/07/0115
10.7	Bebauungsplan Nr. 118 - Südlich Fontane-Straße - der Universitäts- und Hansestadt Greifswald; Aufstellungsbeschluss	BV-V/07/0127
10.8	Bebauungsplan Nr. 119 - Koitenhagen Süd - der Universitäts- und Hansestadt Greifswald; Aufstellungsbeschluss	BV-V/07/0128
10.9	Greifswald zwecks Gefahrenabwehr nur noch für Zirkus ohne Wildtiere - Kommunales Wildtierverschreibungsverbot für städtische Flächen <i>Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ</i>	BV-P/07/0067-02
10.10	Kinderfreundliches Greifswald: Finanzmittel für Kindertagesstätten und Spielplätze <i>Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ, Fraktion BG/FDP/KfV</i>	BV-P/07/0080-01
10.11	Investitionsprogramm Kinderfreundliches Greifswald <i>SPD-Fraktion, Fraktion Die Linke und Partei Mensch Umwelt und Tierschutz</i>	BV-P/07/0109-02
10.12	Radwegführung Pappelallee/ Karl-Liebknecht-Ring <i>Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</i>	BV-P/07/0082
10.13	Internetauftritt <i>SPD-Fraktion</i>	BV-P/07/0091-01
10.14	Legale Graffitiflächen in den Ortsteilen Ostseeviertel, Schönwalde II und Groß Schönwalde und Schönwalde I/Südstadt <i>Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</i>	BV-P/07/0093
10.14.1	Änderungsantrag zu: Legale Graffitiflächen im Ortsteil Ostseeviertel und Schönwalde II und Groß Schönwalde (BV-P/07/0093) <i>Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT UND TIERSCHUTZ</i>	BV-P/07/0117-01
10.14.2	Änderungsantrag: Legale Graffitiflächen im Ortsteil Ostseeviertel und Schönwalde II und Groß Schönwalde <i>SPD-Fraktion</i>	BV-P/07/0124
10.15	Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in Eldena <i>Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT UND TIERSCHUTZ</i>	BV-P/07/0108-01

- | | | |
|-------|---|-----------------|
| 10.16 | Aufstockung des Veranstaltungsbudgets zur Realisierung eines gelungenen Schulabschlusses
<i>SPD-Fraktion</i> | BV-P/07/0110-03 |
| 10.17 | Live Stream von öffentlichen Bürgerschaftssitzungen
<i>Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT UND TIERSCHUTZ, SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</i> | BV-P/07/0112-01 |
| 10.18 | Bestellung eines Betriebsleiters für den Eigenbetrieb "Seesportzentrum GREIF" | BV-V/07/0149 |
| 11 | Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft | |
| 12 | Ende der Sitzung | |

Nichtöffentliche Sitzung

- | | | |
|-----|---|--------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit | |
| 2 | Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung | |
| 3 | Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.12.2019 | |
| 4 | Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt | |
| 5 | Mitteilungen des Präsidenten unter anderem über nichtöffentlich gefasste Beschlüsse nach § 31 (3) der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern | |
| 6 | Beschlusskontrolle | |
| 7 | Beratung der Beschlussvorlagen | |
| 7.1 | Überplanmäßige Auszahlung Maßnahme Umgestaltung Hansering 1. BA | BV-V/07/0154 |
| 8 | Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft | |

9 Ende der Sitzung

Protokoll

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Der Präsident der Bürgerschaft

- . eröffnet die öffentliche Sitzung.
 - . stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.
 - . fragt, ob sich jemand gegen die Film- bzw. Tonaufnahmen der anwesenden Presse ausspreche.
- Das ist nicht der Fall.

2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Der Präsident der Bürgerschaft

- . ruft den Tagesordnungspunkt auf.
- . informiert darüber, dass drei nachträgliche Vorlagen eingegangen sind:
 - o „Besetzung OTV“ (BV-P/07/0120)
 - o „Aufstockung des Veranstaltungsbudgets zur Realisierung eines gelungenen Schulabschlusses“ (BV-P/07/0121)
 - o „Bestellung eines Betriebsleiters für den Eigenbetrieb ‚Seesportzentrum GREIF‘“ (BV-V/07/0149)

Herr Liskow lässt über die Aufnahme der nachträglichen Vorlage *„Besetzung OTV“* in die Tagesordnung abstimmen:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

Die nachträgliche Vorlage *„Aufstockung des Veranstaltungsbudgets zur Realisierung eines gelungenen Schulabschlusses“* wird von der einbringenden Fraktion zurückgezogen. Eine Abstimmung über die Aufnahme in die Tagesordnung ist daher nicht erforderlich.

Herr Liskow lässt über die Aufnahme der nachträglichen Vorlage *„Bestellung eines Betriebsleiters für den Eigenbetrieb ‚Seesportzentrum GREIF‘“* in die Tagesordnung abstimmen:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

Der Präsident der Bürgerschaft teilt mit, dass TOP 10.2 *„14. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald“* entfällt.

Herr von Malottki

. bringt eine nachträgliche Vorlage „Solidarität mit dem Jugendzentrum klex“ (BV-P/07/0125) ein und bittet um Aufnahme in die Tagesordnung der Bürgerschaft.

Herr Liskow lässt über die Aufnahme der nachträglichen Vorlage „Solidarität mit dem Jugendzentrum klex“ in die Tagesordnung abstimmen:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	einige

Die Beschlussvorlage wird als neuer TOP 10.2 eingeordnet.

Der Präsident der Bürgerschaft

. lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

. weist darauf hin, dass nur die Stimmen bei der Abstimmung mitgezählt werden können, die eindeutig zu erkennen seien.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

2.1 14. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Abstimmungsergebnis:

entfällt

2.2 Aufstockung des Veranstaltungsbudgets zur Realisierung eines gelungenen Schulabschlusses

BV-P/07/0121

Abstimmungsergebnis:

zurückgezogen

3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.12.2019

Der Präsident der Bürgerschaft

. ruft den Tagesordnungspunkt auf.
 . informiert über einen schriftlich eingegangenen Änderungsvorschlag zur Niederschrift von Herrn Al Najjar zu TOP 9.26 „Kunstwerk für den Innenkreislauf des Kreisverkehrs Lomonossowallee-Einsteinstraße-Dubnaring in Schönwalde I“:

„Transparenz schafft Vertrauen.

Die Bürger wollen nicht nur alle paar Jahre ihre Stimme abgeben. Sie möchten sich mit ihrem Sachverstand einbringen, angehört werden und mitentscheiden können. Das Kulturamt will und wollte von Anfang an aber offensichtlich unsere Meinung ignorieren und seine Vorschläge durchsetzen und beruft sich auf die AG „Kunst im öffentlichen Raum“.

Die OTV ist angetreten, eine Politik des „Gehörtwerdens“ zu praktizieren und das ist die direkte Demokratie, mit den Menschen zu reden und nicht über sie. Ihre Entscheidungen, Interessen und Willen zu akzeptieren und respektieren und nicht im Gegenteil!

Die OTV hat daraufhin in ihrer extra dazu einberufenen Sondersitzung am 05.12.2019 unter dem Beifall der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner von SWI/Südstadt ihre Entscheidung für die „Maritime Stele“ einstimmig wiederholt und beantragt.

Darum bitte ich Sie die Vorlage der OTV zu unterstützen.“

. lässt über den Änderungsvorschlag abstimmen:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	1	5

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die geänderte Niederschrift abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

4 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/innen

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Tino Höfert (jugendpolitischer Koordinator beim Stadtjugendring)

. bedankt sich für die Reaktionen einiger Mitglieder der Bürgerschaft und für die Stellungnahme des Oberbürgermeisters in der Presse bezüglich der Ereignisse vor dem Jugendzentrum klex.

Vertreter der Bewegung „Fridays for Future“

. übergeben dem Präsidium ihre lokalen Forderungen bezüglich des Klimaschutzes, welche an die Fraktionen verteilt werden sollen.

Frau Mielke (Vorstandsmitglied der Kinderbetreuungseinrichtung (KBE) „Am Rosengarten“ e.V.)

. berichtet, dass ein Neubau der Kindertagesstätte Lilo Herrmann angestrebt werde, wofür der Zuschlag für das Grundstück in der Brandteichstraße bereits

erteilt worden sei. Derzeit bewege den Vorstand der KBE noch die Ausfinanzierung des Neubaus.

. bedankt sich für die Beschlussvorlage „*Investitionsprogramm Kinderfreundliches Greifswald*“, da diese eine wichtige Unterstützung für den Verein darstelle.

Frau Pannwitz (Vorsitzende der AG „Barrierefreie Stadt“)

. informiert, dass die AG „Barrierefreie Stadt“ sich in letzter Zeit damit beschäftigt habe, wie man die Spielplätze in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zukünftig verstärkt für alle Menschen zugänglich und attraktiv gestalten könne.

. stellt einige Ideen vor.

. bittet um Aufnahme des Satzes „Die Anschaffung von Spielgeräten für alle, d. h. auch für Menschen mit Behinderungen, ist zu prüfen.“ In die Beschlussvorlage „*Kinderfreundliches Greifswald: Finanzmittel für Kindertagesstätten und Spielplätze*“ (BV-P/07/0080-01).

5 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Oberbürgermeister

. informiert über die nichtöffentlichen Beschlüsse der letzten Sitzung des Hauptausschusses.

Die Beschlussliste ist als Anlage zum TOP beigefügt.

Frau von Busse

. informiert, dass am 04.02.2020 die Gründung des Vereins der Greifswalder Agrarinitiative stattfinden werde.

. berichtet, dass Ende 2019 vom Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern der Vorschlag unterbreitet worden sei, dass sich die Universitäts- und Hansestadt Greifswald bei der Modellregion „Zukunft des Wohnens in Mecklenburg-Vorpommern“ bewerbe. Die Verwaltung habe bereits eine Modellskizze beim Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern eingereicht. Diese Modellskizze solle am 04.03.2020 in einer öffentlichen Veranstaltung, sowie in der folgenden Woche in den Fachausschüssen präsentiert werden. Am 25.03.2020 solle es diesbezüglich noch eine Veranstaltung mit Herrn Minister Pegel geben.

Anlage 1 Liste der nichtöffentlichen Beschlüsse des Hauptausschusses
20.01.2020 öffentlich

6 Mitteilungen des Präsidenten unter anderem über nichtöffentlich gefasste Beschlüsse nach § 31 (3) der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern

Der Präsident der Bürgerschaft

. ruft den Tagesordnungspunkt auf.

. berichtet über die nichtöffentlichen Beschlüsse der letzten Sitzung der Bürgerschaft.

Die Beschlussliste ist als Anlage zum TOP beigefügt.

Anlage 1 Liste der nichtöffentlichen Beschlüsse der Bürgerschaft am 16.12.2019 öffentlich

7 jährlicher Bericht des Seniorenbeirates

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Sitterlee (Vorsitzende des Seniorenbeirates)

. befürwortet die Anregung von Frau Pannwitz bezüglich der Spielplätze und macht darauf aufmerksam, dass zusätzlich überlegt werden müsse, wie man diese Plätze vor Vandalismus schützen könne.

. stellt den Bericht des Seniorenbeirates vor.

Der Bericht ist als Anlage dem Tagesordnungspunkt beigefügt.

Anlage 1 jährlicher Bericht des Seniorenbeirates 2019 öffentlich

8 jährlicher Bericht des Frauenbeirates

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Terodde

. stellt den Bericht des Frauenbeirates vor.

Der Bericht ist als Anlage dem Tagesordnungspunkt beigefügt.

Frau von Busse

. bittet um Richtigstellung im Bericht des Frauenbeirates, dass die sexistische Werbung nicht durch die Firma Stroer erfolgt sei, sondern auf Werbeflächen der Firma Stroer.

Anlage 1 jährlicher Bericht des Frauenbeirates 2019 öffentlich

9 Beschlusskontrolle

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Al Najjar

. kritisiert, dass im Stadtblatt

- nicht ersichtlich sei, dass es zur Beschlussvorlage „Kunstwerk für den Innenkeisler des Kreisverkehrs Lomonossowallee-Einsteinstraße-Dubnaring in Schönwalde I“ einen Änderungsantrag gegeben habe.
- die namentliche Abstimmung im Rahmen der oben genannten Beschlussvorlage nicht im Stadtblatt abgedruckt worden sei.

Der Oberbürgermeister

. informiert, dass Änderungsanträge, die die Beschlussvorlage vollständig verändern bzw. zu ersetzen, zu Problemen führen, da der ursprüngliche Titel und der ursprüngliche Einbringer nicht verändert werden.

. appelliert daher an die Mitglieder der Bürgerschaft, Änderungsanträge, die die Beschlussvorlage vollständig verändern, als Alternativenträge einzureichen. Alle Informationen seien vollständig und nachvollziehbar im Protokoll der Sitzung der Bürgerschaft enthalten. Bei den Angaben im Stadtblatt handele es sich um zusätzliche Leistungen.

. erklärt, dass die namentliche Abstimmung durch die Abfolge der Abstimmungen nicht das Endergebnis des Beschlusses darstelle.

Herr Hochschild

. weist darauf hin, dass man bei der Veröffentlichung nicht zwischen angenommenen und ablehnenden namentlichen Abstimmungen unterscheiden dürfe. Jede namentliche Abstimmung müsse veröffentlicht werden.

Herr Liskow

. erklärt, dass es in diesem Fall etwas komplizierter gewesen sei, da die namentliche Abstimmung nicht das endgültige Ergebnis zum Beschluss darstelle. In Zukunft werde darauf geachtet, dass namentliche Abstimmungen – wenn möglich - immer im Stadtblatt aufgeführt werden.

9.1 Leitfaden städtische Werbung

06/1809-01-01

Herr Dr. Kasbohm fragt nach dem Stand der Umsetzung dieses Beschlusses.

Der Oberbürgermeister

. informiert, dass sich der Leitfaden in Bearbeitung befinde. Die einzelnen Bearbeitungsstände seien aus den für die Mitglieder der Bürgerschaft zur Verfügung gestellten Beschlusskontrolllisten zu entnehmen.

9.2 Greifswald ruft den Klimanotstand aus

BV-P/07/0001-01

Es gibt keine Wortmeldungen.

9.3 Grünflächenpatenschaften und urbane Landwirtschaft unterstützen

BV-P/07/0007

Es gibt keine Wortmeldungen.

9.4 Stadtbegrünung ausweiten - Blühflächen und Unterschlupf für Insekten herstellen

BV-P/07/0068

Es gibt keine Wortmeldungen.

9.5 Flachdächer begrünen - Bienenhaltestellen schaffen

BV-P/07/0069

Es gibt keine Wortmeldungen.

9.6 Sibylla-Schwarz-Haus

BV-P/07/0058-01

Es gibt keine Wortmeldungen.

10 Beratung der Beschlussvorlagen

10.1 Besetzungen

10.1.1 Besetzungen

BV-P/07/0116-01

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Herr Liskow lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Hulda Kalhorn (AL) zeigen eine Zählgemeinschaft für die Besetzungen dieser Beschlussvorlage an.

Die ZG Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Hulda Kalhorn (AL) in der Bürgerschaft schlagen folgende Umbesetzungen vor:

Mitgliederversammlung der Kommunalgemeinschaft Europaregion POMERANIA e. V.:

Timo Pfarr wird abberufen. Neuer Vertreter wird Karsten Bauckhage.

Ausschuss für Bauwesen und öffentliche Ordnung:

Jan Magnus Schult wird als Stellvertreter abberufen. Neue Stellvertreterin wird Antje Matthees-Bohn.

AG Bezahlbarer Wohnraum:

Als Stellvertreter wird Sebastian Bohn benannt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

10.1.2 Besetzung OTV Schönwalde I/Südstadt

BV-P/07/0118

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.
Herr Liskow lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft beschließt:

Herr Niclas Lenhardt wird als Stellvertreter in die OTV Schönwalde I/Südstadt berufen.

Frau Anja Hübner wird als Stellvertreterin in die OTV Schönwalde I/Südstadt berufen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

10.1.3 Besetzung Nahverkehrsbeirat

BV-P/07/0119

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.
Herr Liskow lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft beschließt:

Herr Daniel Seiffert wird als Stellvertreter in den Nahverkehrsbeirat berufen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
------------	--------------	--------------

einstimmig	0	0
------------	---	---

10.1.4 Besetzung OTV

BV-P/07/0120

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Herr Klaus Riediger wird als stellvertretendes Mitglied der Ortsteilvertretung Schönwalde I/Südstadt berufen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

10.2 Solidarität mit dem Jugendzentrum klex

BV-P/07/0125

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr von Malottki bringt die Beschlussvorlage ein.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

- 1) Die Greifswalder Bürgerschaft verurteilt die Anschläge auf das Jugendzentrum klex auf das Schärfste und solidarisiert sich mit den dort arbeitenden Mitarbeiter*innen und Nutzer*innen.
- 2) Die Greifswalder Bürgerschaft stellt fest:
Das "klex" ist eine wichtige Institution der offenen Jugendarbeit und eine Bereicherung für die Greifswalder Kulturlandschaft. Die Greifswalder Bürgerschaft sichert dem klex und allen dort arbeitenden Menschen ihre volle Unterstützung zu. Die dort geleistete Jugendarbeit leistet einen wichtigen Beitrag zu unserer demokratischen, an Vielfalt und Toleranz ausgerichteten Stadtgesellschaft. Wir dulden es nicht, wenn diese durch Angriffe eingeschränkt wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
------------	--------------	--------------

mehrheitlich	0	einige
--------------	---	--------

10.3 Beitritt "Mayors for Peace"

BV-V/07/0131

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister, den Beitritt zur Initiative "Mayors for Peace" (Bürgermeister für den Frieden) zu erklären.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

Anlage 1 Mayors for Peace Informationen öffentlich

Anlage 2 Mayors for Peace Beitrittserklärung öffentlich

10.4 Umwidmung Strandbad Eldena und Beschlussfassung Badesatzung

**BV-V/07/0043-
03**

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau von Busse

. bringt die Beschlussvorlage ein.
. informiert, dass der ursprüngliche Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ bereits in die Beschlussvorlage der Verwaltung aufgenommen worden sei.

Herr Dr. Kasbohm

. bringt den Änderungsantrag (BV-P/07/0086) der Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ ein, in dem beantragt wird, aus § 8 Abs. 5 der Badesatzung die Worte „an Ort und Stelle“ zu streichen.

Herr von Malottki

. stellt klar, dass es sich bei der neuen Badesatzung nicht um eine Degradierung handele. Die SPD-Fraktion werde sich für eine Aufwertung der Badestelle einsetzen – beispielsweise durch eine Ausbaggerung oder Sport- und Spielgeräte.

Herr Prof. Dr. Münzenberg

. bittet darum, den Weg auf dem Deich durch die Öffnung des zweiten Tores von beiden Seiten frei zugänglich zu machen.
. regt an, unter anderem die Sandqualität zu verbessern.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über
. den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT
TIERSCHUTZ abstimmen (siehe Abstimmung unter TOP 10.4.1).
. die geänderte Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft beschließt

1. die Umwidmung des „Strandbades Eldena“ in „Badestelle Eldena“.
2. die Badesatzung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	1	1

Anlage 1 Kartenauszug Strandbad öffentlich

Anlage 2 Badesatzung öffentlich

10.4.1 Änderungsantrag zu „Umwidmung Strandbad Eldena und Beschlussfassung Badesatzung“ BV-V/07/0043-02 BV-P/07/0086

unter TOP 10.4 behandelt

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt folgende Ergänzung in der „Satzung über die Strand- und Badeordnung an der Badestelle Eldena in Greifswald“:

§8(5) „Zur Abfallvermeidung ist der Verkauf von Speisen und Getränken zum Verzehr an Ort und Stelle nur in pfandpflichtigen, wiederverwertbaren oder kompostierbaren sowie mitverzehrbaren Verpackungen und Behältnissen gestattet.“

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	3	einige

10.5 Förderung des sozialen Wohnungsbaus und des nicht geförderten Mietwohnungsbaus BV-V/07/0104

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau von Busse bringt die Beschlussvorlage ein.

Frau Dr. Wölk bringt den Änderungsantrag stellvertretend für die AG „Bezahlbarer Wohnraum“ ein.

Herr von Malotcki bringt den Änderungsantrag der SPD-Fraktion ein.

Frau Dr. Tolani

. sagt, dass die CDU-Fraktion sich für die Beschlussvorlage der Verwaltung ausspreche, da der Bedarf an sozialem Wohnraum bestehe. Es würde jedoch nicht nur ein Mangel an sozialem Wohnraum, sondern vielmehr auch ein Mangel an normalen Wohnungen, Eigentumswohnungen und Eigenheimen für Menschen mit einem Durchschnittseinkommen bestehen.

Herr Alexander Krüger

- . beantragt,
 - in der Beschlussvorlage der Verwaltung unter Punkt 3 c) das Wort „hochpreisig“ zu streichen.
 - in Punkt 2 des Änderungsantrages der SPD-Fraktion das Wort „ergänzt“ statt „ersetzt“ einzufügen.
 - im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Einzelabstimmung der Punkte.

Frau von Busse

. teilt mit, dass die Verwaltung den Punkt 2 des Änderungsantrages der SPD-Fraktion für die Beschlussvorlage der Verwaltung und die von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragte Streichung des Wortes „hochpreisigen“ in Punkt 3 c) übernehme.

Herr von Malotcki

. geht auf den Redebeitrag von Frau Dr. Tolani ein und macht darauf aufmerksam, dass sich beispielsweise nicht unbedingt jede*r Handwerker*in oder jede*r Erzieher*in ein Eigenheim leisten könne.
. spricht sich gegen eine Vergabe für frei finanzierten Mietwohnungsbau oder für Eigentumswohnungen nach dem Höchstgebot aus.

Der Oberbürgermeister

. erklärt, dass, bevor Grundstücke von der Stadtverwaltung auf dem Markt zur Verfügung gestellt werden, die Bürgerschaft entscheide, in welche Kategorie (a), b) oder c)) dieses Grundstück einzuordnen sei.

Frau Dr. Wölk

. betont, dass eine Aufspaltung der Menschen in der Stadt nach dem Nettohaushaltseinkommen vermieden werden sollte.

Herr Alexander Krüger

. schlägt vor, unter Punkt 3 c) hinter „Höchstgebot“ „und Konzeptvergabe“ einzufügen.

Herr Liskow lässt

. über Punkt 1 des Änderungsantrags der SPD-Fraktion abstimmen (siehe Abstimmung unter TOP 10.5.2)

. einzeln über die Punkte des Änderungsantrages von Frau Dr. Wölk stellvertretend für die AG „Bezahlbaren Wohnungsbau“ abstimmen. (siehe Abstimmung unter TOP 10.5.1)
 . lässt darüber abstimmen, ob die Ergänzung von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unter Punkt 3 c) „und/oder Konzeptvergabe“ in den Beschluss aufgenommen werden soll:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
21	15	1

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

- 1.** Die Bürgerschaft beschließt die Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus durch Gewährung eines Investitionszuschusses in Höhe 100 €/m² geschaffener Wohnraum, maximal 100.000,- € je Objekt, unter folgenden Voraussetzungen:
 - a)** Die Förderung erfolgt nachrangig nach dem Landesprogramm Wohnungsbau Sozial entsprechend der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen des Landes M-V zur Schaffung von belegungsgebundenen Mietwohnungen und
 - b)** es sind Eigenmittel i. S. der o.g. Richtlinie von mindestens 20 % nachzuweisen.
 - c)** Der Hauptausschuss hat der Bewilligung in jedem Einzelfall vorab zuzustimmen. Ein Rechtsanspruch auf die Förderung besteht insoweit nicht.
 - d)** *„Der Oberbürgermeister wird zum 31.12.2021 in den bürgerschaftlichen Gremien darüber berichten, wieviel Förderanträge in welchem Umfang gestellt und wie diese Anträge beschieden worden sind und eine Bewertung dieser Fördermaßnahme vornehmen.“²*

- 2.** Die Bürgerschaft entscheidet jeweils im Rahmen der Haushaltsplanung, in welchem Umfang entsprechende Mittel bereitgestellt werden. *„Die Bürgerschaft beauftragt die Verwaltung, im Doppelhaushalt 2021/22 eine entsprechende Position einzurichten und hierfür Mittel in Höhe von mindestens 300.000 Euro jährlich einzuplanen.“¹*

- 3.** Die Stadt wird bei der Vergabe *„(Erbbaupacht/ Verkauf)“¹* von Grundstücken innerhalb von Bebauungsplänen, die einen Geschosswohnungsbau zulassen, Grundstücke für den bezahlbaren und sozialen Wohnungsbau nach Abstimmung mit den bürgerschaftlichen Gremien grundsätzlich zweckgebunden ausschreiben. Zusätzlich sind auch Grundstücke für den frei finanzierten Mietwohnungsbaus oder für Eigentumswohnungen zur Verfügung zu stellen.

Die Vergabe *„(Erbbaupacht/ Verkauf)“¹* erfolgt wie folgt:

- a.** Die Vergabe *„(Erbbaupacht/ Verkauf)“¹* von Grundstücken für den sozialen Wohnungsbau erfolgt zum vom Gutachterausschuss ermittelten Verkehrswert grundsätzlich nach einer Ausschreibung. Zuschlag erhält derjenige, der nach Fläche den meisten geförderten Wohnraum errichtet.
- b.** Die Vergabe *„(Erbbaupacht/ Verkauf)“¹* für frei finanzierten „bezahlbaren Wohnraum“ erfolgt nach der geringsten „Startmiete“. Diese ist für mindestens *„fünf“¹* Jahre ab Fertigstellung und Belegung zu garantieren.

- c. Die Vergabe „(Erbbaupacht/ Verkauf)“¹ für frei finanzierten Mietwohnungsbau, „Ein-/ Zweifamilienhäuser oder Doppelhäuser“² oder für Eigentumswohnungen erfolgt nach Höchstgebot „und/oder Konzeptvergabe“³.
- 4. Bei Grundstücken außerhalb von B-Plan-Gebieten ist grundsätzlich analog zu Punkt 3 zu verfahren. Zusätzlich ist aber mit einer Gewichtung von 50 % eine städtebauliche Bewertung vorzunehmen.

¹ Änderungsantrag von Frau Dr. Wölk stellvertretend für die AG „Bezahlbarer Wohnraum“

² vom Einbringer übernommener Änderungsantrag der SPD Fraktion

³ Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
21	16	0

10.5.1 Änderungsantrag zu BV-V/07/0104: Förderung des sozialen Wohnungsbaus und des nicht geförderten Mietwohnungsbaus

BV-P/07/0114

behandelt unter TOP 10.5

Beschluss:

1. Im Punkt 2 der Beschlussvorlage wird folgender Satz angefügt (rot markiert):

2. Die Bürgerschaft entscheidet jeweils im Rahmen der Haushaltsplanung, in welchem Umfang entsprechende Mittel bereitgestellt werden. **Die Bürgerschaft beauftragt die Verwaltung, im Doppelhaushalt 2021/22 eine entsprechende Position einzurichten und hierfür Mittel in Höhe von mindestens 300.000 Euro jährlich einzuplanen.**

2. Im Punkt 3 der Beschlussvorlage wird in Absatz 1 der letzte Satz gestrichen:

3. Die Stadt wird bei der Vergabe von Grundstücken innerhalb von Bebauungsplänen, die einen Geschosswohnungsbau zulassen, Grundstücke für den bezahlbaren und sozialen Wohnungsbau nach Abstimmung mit den bürgerschaftlichen Gremien grds. zweckgebunden ausschreiben. ~~Zusätzlich sind auch Grundstücke für den frei finanzierten Mietwohnungsbau oder für Eigentumswohnungen zur Verfügung zu stellen.~~

3. Im Punkt 3b der Beschlussvorlage wird im zweiten Satz das Wort „zwei“ durch das Wort „fünf“ ersetzt:

b. Die Vergabe für frei finanzierten „bezahlbaren Wohnraum“ erfolgt nach der geringsten „Startmiete“. Diese ist für mindestens **zweifünf** Jahre ab Fertigstellung und Belegung zu garantieren.

3. Punkt 3c der Beschlussvorlage wird gestrichen.

4. Im Punkt 3 der Beschlussvorlage wird das Wort „Vergabe“ durch den Zusatz „(Erbbaupacht/ Verkauf)“ konkretisiert:

3. Die Stadt wird bei der **Vergabe (Erbbaupacht/ Verkauf)** von Grundstücken [...]

Die **Vergabe (Erbbaupacht/ Verkauf)** von Grundstücken erfolgt wie folgt:

a. Die **Vergabe (Erbbaupacht/ Verkauf)** von Grundstücken für den sozialen Wohnungsbau [...]

b. Die **Vergabe (Erbbaupacht/ Verkauf)** für frei finanzierten „bezahlbaren Wohnraum“ [...]

c. Die **Vergabe (Erbbaupacht/ Verkauf)** für frei finanzierten hochpreisigen Mietwohnungsbau [...]

[Anmerkung: Punkt c. entfällt bei Annahme des Punkt 3 dieses Änderungsantrages]

Abstimmungsergebnis:

	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
Punkt 1	21	16	0
Punkt 2	10	20	einige
Punkt 3	21	16	0
Punkt 4	21	16	0

10.5.2 Änderungsantrag: Förderung des sozialen Wohnungsbaus und des nicht geförderten Mietwohnungsbaus

BV-P/07/0123

behandelt unter TOP 10.5

Beschluss:

1. Punkt 1 wird um folgenden Buchstaben d) ergänzt:

„Der Oberbürgermeister wird zum 31.12.2021 in den bürgerschaftlichen Gremien darüber berichten, wieviel Förderanträge in welchem Umfang gestellt und wie diese Anträge beschieden worden sind und eine Bewertung dieser Fördermaßnahme vornehmen.

2. Punkt 3 c) wird „ergänzt“¹ durch folgenden Text:

c) Innerhalb von nicht-innenstadtnahen Bebauungsplänen sind Grundstücke für Ein-/ Zweifamilienhäuser oder Doppelhäuser vorzuhalten.

¹ Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
------------	--------------	--------------

Punkt 1	21	16	0
Punkt 2	wurde vom Einbringer übernommen		

10.6 Mögliche Grundstücke für den sozialen, bezahlbaren und sonstigen Wohnungsbau

BV-V/07/0120

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Dr. Wölk bringt den Änderungsantrag ein.

Herr Al Najjar

. betont die Wichtigkeit einer guten Durchmischung der Bevölkerung.

Herr Burmeister

. beantragt Einzelabstimmung der Punkte.

Frau von Busse

. informiert, dass die Verwaltung den Punkt 2.1. des Änderungsantrages von Frau Dr. Wölk stellvertretend für die AG „Bezahlbarer Wohnraum“ übernehme. Die Studie von Herrn Prof. Dr. Hellwich sei entwickelt worden, ohne mit der Stadtverwaltung in Kontakt getreten zu sein. Daher seien bestimmte Daten nicht in diese Studie eingeflossen.

Beispielsweise seien die Plattenbauten in den Ortsteilen Ostseevierviertel und Innenstadt nicht berücksichtigt worden.

Herr Alexander Krüger

- . beantragt im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass
- alle Grundstücke aus der Sachdarstellung in einer neuen Beschlussvorlage im nächsten Gremienlauf – mit Berücksichtigung der Fachausschüsse – der Bürgerschaft noch einmal zur Beschlussfassung vorgelegt werden sollen.
 - in Punkt 1 des Änderungsantrages von Frau Dr. Wölk stellvertretend für die AG „Bezahlbarer Wohnraum“ auch der „Geschosswohnungsbau“ aufgenommen werde.

Herr von Malotki

. hält es für wichtig, dass die Eigenheime in die Stadtteile integriert werden. Es müsse eine soziale Durchmischung angestrebt werden.

Herr Burmeister

. spricht sich gegen die Aufnahme des Geschosswohnungsbaus in die Beschlussvorlage aus.

. hält es für notwendig, die Baustrukturen in Schönwalde zu verändern, um die Durchmischung zu fördern.

Nach kurzer Diskussion lässt **Herr Liskow** über

- Punkt 2 des Änderungsantrages von Frau Dr. Wölk stellvertretend für die AG „Bezahlbarer Wohnraum“ abstimmen (siehe Abstimmung unter TOP 10.6.1).

- Punkt 3 des Änderungsantrages von Frau Dr. Wölk stellvertretend für die AG „Bezahlbarer Wohnraum“ abstimmen (siehe Abstimmung unter TOP 10.6.1).
- den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abstimmen, „Geschosswohnungsbau“ in Punkt 2.1 aufzunehmen:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
15	20	2

Der Präsident der Bürgerschaft lässt darüber abstimmen, ob dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefolgt werden soll und die Grundstücke aus der Sachdarstellung der Bürgerschaft in einer eigenen Beschlussvorlage erneut vorgelegt werden sollen:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
25	4	einige

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen.

Herr Al Najjar befindet sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

Beschluss:

1. Die in der Sachdarstellung unter 1 – 7 genannten Grundstücke sind geeignet, um öffentlich zum Verkauf für unterschiedliche Formen des Wohnungsbaus ausgeschrieben zu werden.
2. Folgende Grundstücke werden aus der unten genannten Vorschlagsliste auf der Grundlage der Beschlussvorlage BV-V/07/0104 als erstes für die Vermarktung vorgesehen:
 - 2.1. Die Fläche an der Lise-Meitner-Straße (Nr.1) wird *„für den Bau von Einfamilien-, Doppel- oder Reihenhäusern vergeben/ verkauft“*¹.
 - 2.2. Die Fläche an der Ecke Grimmer Straße / Loitzer Straße (Nr. 4) wird *„bevorzugt für den Wohnungsbau Sozial entsprechend der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen des Landes M-V zur Schaffung von belegungsgebundenen Mietwohnungen auf der Basis der Konzeptvergabe für den sozialen Wohnungsbau vergeben (s. Pkt. 3. lit. a) BV-V/07/0104), nachrangig für den frei finanzierten „bezahlbaren Wohnraum“ auf der Basis der Konzeptvergabe für den frei finanzierten „bezahlbaren Wohnraum“ (s. Pkt. 3 lit. b) BV-V/07/0104).“*²
 - 2.3. Die Fläche an der Wolgaster Landstraße (am Franz-Wehrstedt-Weg, Nr. 6) wird *„bevorzugt für den Wohnungsbau Sozial entsprechend der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen des Landes M-V zur Schaffung von belegungsgebundenen Mietwohnungen auf der Basis der Konzeptvergabe für den sozialen Wohnungsbau vergeben (s. Pkt. 3. lit. a) BV-V/07/0104), nachrangig für den frei finanzierten „bezahlbaren Wohnraum“ auf der Basis der Konzeptvergabe für den frei finanzierten „bezahlbaren Wohnraum“ (s. Pkt. 3 lit. b) BV-V/07/0104).“*²

¹ *vom Einbringer übernommener Änderungsantrag von Frau Dr. Wölk stellvertretend für die AG „Bezahlbarer Wohnraum“*

² *Änderungsantrag von Frau Dr. Wölk stellvertretend für die AG „Bezahlbarer Wohnraum“*

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
20	16	0

<u>Anlage 1</u>	Detailplan Lise-Meitner-Straße öffentlich
<u>Anlage 2</u>	Detailplan An der Gützkower Landstraße öffentlich
<u>Anlage 3</u>	Detailplan Feldstraße öffentlich
<u>Anlage 4</u>	Detailplan Grimmer Straße öffentlich
<u>Anlage 5</u>	Detailplan An der Ernsthofener Wende öffentlich
<u>Anlage 6</u>	Detailplan Franz-Wehrstedt-Weg öffentlich
<u>Anlage 7</u>	Detailplan Makarenkostraße öffentlich
<u>Anlage 8</u>	Übersichtskarte Stadtgebiet öffentlich

10.6.1 Änderungsantrag zu BV-V/07/0120: Mögliche Grundstücke für den sozialen, bezahlbaren und sonstigen Wohnungsbau

BV-P/07/0115

behandelt unter TOP 10.6

Beschluss:

1. Punkt 2.1 der Beschlussvorlage wird folgendermaßen geändert (rot markiert):

2.1 Die Fläche an der Lise-Meitner-Straße (Nr.1) wird **für den Bau von Einfamilien-, Doppel- oder Reihenhäusern vergeben/ verkauft.**

2. Punkt 2.2 der Beschlussvorlage wird folgendermaßen geändert (rot markiert):

2.2 Die Fläche an der Ecke Grimmer Straße / Loitzer Straße (Nr. 4) wird **bevorzugt für den Wohnungsbau Sozial entsprechend der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen des Landes M-V zur Schaffung von belegungsgebundenen Mietwohnungen auf der Basis der Konzeptvergabe für den sozialen Wohnungsbau vergeben (s. Pkt. 3. lit. a) BV-V/07/0104), nachrangig für den frei finanzierten „bezahlbaren Wohnraum“ auf der Basis der Konzeptvergabe für den frei finanzierten „bezahlbaren Wohnraum“ (s. Pkt. 3 lit. b) BV-V/07/0104).**

3. Punkt 2.3 der Beschlussvorlage wird folgendermaßen geändert (rot markiert):

2.3 Die Fläche an der Wolgaster Landstraße (am Franz-Wehrstedt-Weg, Nr. 6) wird **bevorzugt für den Wohnungsbau Sozial entsprechend der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen des Landes M-V zur Schaffung von belegungsgebundenen Mietwohnungen auf der Basis der Konzeptvergabe für den sozialen Wohnungsbau vergeben (s. Pkt. 3. lit. a) BV-V/07/0104), nachrangig für den frei finanzierten „bezahlbaren Wohnraum“ auf der Basis der Konzeptvergabe für den frei finanzierten „bezahlbaren Wohnraum“ (s. Pkt. 3 lit. b) BV-V/07/0104).**

Abstimmungsergebnis:

	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
Punkt 1	vom Einbringer übernommen		
Punkt 2	20	16	1
Punkt 3	21	16	0

10.7 Bebauungsplan Nr. 118 - Südlich Fontane-Straße - der Universitäts- und Hansestadt Greifswald; Aufstellungsbeschluss

BV-V/07/0127

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Herr Al Najjar und Frau Berger befinden sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 118 - Südlich Fontane-Straße - wie folgt:

1. Für das Gebiet angrenzend an die Bebauungspläne Nr. 25 - Fontane-Straße - und Nr. 110 - Südlich Chamissostraße - (Abgrenzung gem. Anlage 1), soll gemäß § 2 Absatz 1 i.V.m. § 1 Absatz 8 BauGB Baugesetzbuch (BauGB) der Bebauungsplan Nr. 118 - Südlich Fontane-Straße - aufgestellt werden. Ziel des Bebauungsplans, ist die Schaffung eines Wohngebiets zur Deckung des dringenden Wohnbedarfs, orientiert an der Nachfrage für Eigenheime. Die verkehrliche Anbindung des Bebauungsplans erfolgt über die Heinrich-Heine-Straße in Erweiterung der Stadtrandsiedlung.
2. Der Aufstellungsbeschluss beinhaltet einen Teilbereich der sich im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 110 - Südlich Chamissostraße - befindet. Damit wird das Ersetzen der Festsetzung des Bebauungsplans Nr. 110 durch die zukünftigen Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 118 vorbereitet.

3. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Absatz 1 Satz 1 BauGB soll durch einen öffentlichen Aushang erfolgen, mit dem über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung zu unterrichten ist.

4. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Absatz 1 Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
30	0	einige

Anlage 1 Abgrenzung des Geltungsbereichs öffentlich

10.8 Bebauungsplan Nr. 119 - Koitenhagen Süd - der Universitäts- und Hansestadt Greifswald; Aufstellungsbeschluss

BV-V/07/0128

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Prof. Dr. Münzenberg

. regt aufgrund der Diskussionen in den Fachausschüssen an, vor der B-Plan-Aufstellung einen Kriterienkatalog mit gewissen Richtlinien, beispielsweise bezüglich klimaneutralem Bauen, zur Verfügung zu stellen.

Herr Kaiser

. informiert, dass der Maßnahmenkatalog derzeit erarbeitet werde. Um bei der Aufstellung der B-Pläne keine Zeit zu verlieren, sei die Beschlussvorlage zum Aufstellungsbeschluss schon jetzt der Bürgerschaft vorgelegt worden.

Frau Hübner

. beantragt, die Beschlussvorlage in die Fachausschüsse zu vertagen.

Herr Kaiser

. wirbt für eine heutige Beschlussfassung.

Herr Liskow lässt über den Antrag von Frau Hübner über die Verweisung der Beschlussvorlage in die Fachausschüsse abstimmen:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
20	16	0

Es wird sich darauf geeinigt, dass die Beschlussvorlage in den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit verwiesen wird.

Frau von Busse

. weist darauf hin, dass diese Ablehnung eine unüberlegte Entscheidung vor dem Hintergrund der Notwendigkeit zur Schaffung von Wohnbauflächen sei, neue Informationen zum Gebiet erst durch weitere Untersuchungen nach Fassung des

Aufstellungsbeschlusses möglich sind und diese jetzt frühestens vier bis acht Wochen später beauftragt werden können.
. wünscht eine Rückmeldung der Fraktionen, was sie im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit erwarten.

Abstimmungsergebnis:

in die Fachausschüsse verwiesen

10.9 Greifswald zwecks Gefahrenabwehr nur noch für Zirkus ohne Wildtiere - Kommunales Wildtierverbot für städtische Flächen

BV-P/07/0067-02

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Hübner bringt die Beschlussvorlage ein.

Frau Wuschek nimmt an der Sitzung teil

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Herr Burmeister befindet sich während der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

Beschluss:

Die Greifswalder Bürgerschaft beschließt, Flächen in städtischem Eigentum oder Besitz künftig nur noch Zirkusbetrieben oder Veranstaltern zu überlassen, die keine Wildtiere wie Elefanten, Huftiere, Großkatzen, Bären oder Primaten mit sich führen.

Mit der Beschränkung soll den Gefahren, die mit der Haltung dieser wilden Tierarten in mobilen Einrichtungen einhergehen, Rechnung getragen werden. Bereits geschlossene Verträge oder Zusagen bleiben von dem Beschluss unberührt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
22	14	1

10.10 Kinderfreundliches Greifswald: Finanzmittel für Kindertagesstätten und Spielplätze

BV-P/07/0080-01

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Alexander Krüger und **Herr von Malotki** bringen die Beschlussvorlage ein.

Der Änderungsvorschlag des Frauenbeirates wird von den Einbringern aufgenommen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen.

Herr Kruse befindet sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt beschließt, 650.000 € der aufgrund der KiföG-Novelle nicht verwendeten Mittel für den Anteil der Wohnsitzgemeinde im Jahr 2020 für folgende Projekte einzusetzen:

1. Die örtlichen Kindertagesstätten und Tagesmütter erhalten zusätzliche Sachmittel in Höhe von 400.000 €. Die bereitgestellten Mittel können z. B. zur Unterstützung der Anschaffung von Materialien, für zusätzliche pädagogische Angebote (auch solchen, welche durch externe Professionelle angeboten werden), für Projekte und zur Verbesserung der Qualität der frühkindlichen Bildung eingesetzt werden.
Die Mittel sollen wie folgt verteilt werden:
 - Sockelbetrag je KiTa 2000€
 - Sockelbetrag für Tagesmütter 250€
 - die dann verbliebenen Mittel werden als Pro-Kind-Pauschale verteilt

2. 250.000 € sollen in die Umgestaltung des Spielplatzes Puschkinring/Pappelallee in einen altersübergreifenden Bau- und Naturabenteuerspielplatz fließen und in eine Teilaufwertung des Spielplatzes Rosengarten durch Spielgeräte, die sich bei einer baulichen Umgestaltung des Areals leicht versetzen lassen. Die Anschaffung von Spielgeräten „für alle“, d.h. auch für Menschen mit Behinderungen, ist zu prüfen. Eine altersgerechte Beteiligung und Mitwirkung von Kindern ist vorzusehen.

3. Die Bürgerschaft bittet den Oberbürgermeister bis zur Haushaltsberatung 2020 eine Priorisierung für die Aufwertung bzw. die Notwendigkeit von Neuanlagen der kommunalen Spielplätze vorzulegen.

Beschlusskontrolle:

- **Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen am 08.06.2020**
- **Ausschuss für Soziales, Jugend, Inklusion, Integration, Gleichstellung und Wohnen am 08.06.2020**

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr von Malottki bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Rappen

. teilt mit, dass sich die CDU-Fraktion gegen die Beschlussvorlage ausspreche.

Herr Dr. Kasbohm

. bittet um Unterstützung dieser Beschlussvorlage.

Herr Alexander Krüger

. bittet darum, im letzten Satz des Beschlussvorschlages folgende Änderung aufzunehmen:

„Die Ausreichung der Mittel ist an die Voraussetzung geknüpft, dass bei dem jeweiligen Bauvorhaben **die Kriterien des Nachhaltigkeitssiegels DGNB Silber angewendet werden.**“

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bringt die Beschlussvorlage mit ein.

Frau Görs

. macht darauf aufmerksam, dass die Johannes-Kirchengemeinde bereits seit mehreren Jahren versuche, eine Kindertagesstätte zu errichten. Dort bestehe weiterhin die Hürde, 800 TEUR aufzubringen, um das Bauprojekt umsetzen zu können, was für viele andere Träger ebenfalls zutrefte.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt, die durch die Neufassung des Kindertagesförderungsgesetzes freiwerdenden Mittel im Doppelhaushalt 2019/2020 im Umfang von 500.000 Euro zur Schaffung von zusätzlich KiTa-Plätzen (Kapazitäten) im Rahmen des Eigenbetriebes oder zur Unterstützung von Neubauprojekten freier Träger einzusetzen. Die Ausreichung der Mittel ist an die Voraussetzung geknüpft, dass bei dem jeweiligen Bauvorhaben die Kriterien des Nachhaltigkeitssiegels DGNB Silber angewendet werden.

Beschlusskontrolle:

Bürgerschaft 08.06.2020

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
22	10	einige

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Prof. Dr. Münzenberg bringt Beschlussvorlage ein.

Herr Liedtke

. stellt die Situation der Abstimmungen in der Ortsteilvertretung Ostseeviertel und des Ausschusses für Bauwesen und öffentliche Ordnung dar.

Herr Jörg-Uwe Krüger

. befürwortet die breiten Fahrrad- und Fußwege am Volksstadion, die zusätzlich durch Schutzstreifen von der Straße abgegrenzt seien.
. spricht sich gegen die Beschlussvorlage aus.

Nach kurzer Diskussion weist **Herr Alexander Krüger** darauf hin, dass es sich bei dieser Beschlussvorlage um einen Prüfauftrag handele.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Herr Al Najjar befindet sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

Beschluss:

Die Oberbürgermeister der Universitäts- und Hansestadt wird beauftragt, den Radverkehr entlang der Pappelallee zu stärken und sicherer zu gestalten.

Dazu ist folgende Maßnahme zu prüfen:

- An der Kreuzung Pappelallee/ Karl-Liebknecht-Ring soll die Rechtsabbiegespur, aus der Pappelallee kommend, in eine Zweirichtungs-Radspur umgewandelt werden. Der jetzige Fuß- und Radweg soll in diesem Bereich zum reinen Fußweg werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen baulichen Maßnahmen zu ermitteln und mit finanziellen Kosten zu untersetzen.

Beschlusskontrolle:

**Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit
August/September 2020**

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
20	17	0

10.13 Internetauftritt

BV-P/07/0091-01

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Prof. Dr. Stamm-Kuhlmann bringt die Beschlussvorlage ein.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister, der Bürgerschaft verschiedene Modelle zur Verbesserung des Internetauftritts der Stadtverwaltung in Bezug auf die für sie handelnden Mitarbeiter, deren Aufgabenbereiche und Erreichbarkeit vorzustellen.

Beschlusskontrolle:

Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung 06.05.2020

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
34	0	4

**10.14 Legale Graffitiflächen in den Ortsteilen
Ostseevierviertel, Schönwalde II und Groß
Schönwalde und Schönwalde I/Südstadt**

BV-P/07/0093

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Horn

. bringt die Beschlussvorlage ein.
. informiert, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ und der SPD-Fraktion übernehme.

Frau Dr. Tolani

. sagt, dass die CDU-Fraktion der Beschlussvorlage und den Änderungsanträgen kritisch gegenüber stehe. Die Nutzung von Spray-Dosen sei mit Umweltgiften verbunden. Die Treibgase aus den Dosen würden aus Erdöl und Erdgas bestehen.
. ist der Meinung, dass es genügend Flächen für legale Graffiti in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald gebe. Dennoch gebe es weiterhin Schmierereien im Stadtbild.

Herr Alexander Krüger

. informiert, dass es bereits Spray-Dosen mit ökologischer Basis gebe, sogenanntes Green-Spray.
. weist darauf hin, dass es sich bei dieser Beschlussvorlage um einen Prüfauftrag handele.

Nach kurzer Diskussion lässt der Präsident der Bürgerschaft über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Oberbürgermeister der Universitäts- und Hansestadt Greifswald wird beauftragt zu prüfen, ob die

- Wandflächen der Fußgängerunterführung Pappelallee/ Koitenhäger Landstraße (Kat. 2),
- die Zaunfläche am Schwimmbad (Richtung Pappelallee) (Kat. 2),
- zusätzliche Übungswände im Ballspielfeld am Schwimmbad (Kat. 1)
- „Sporthalle II (nicht auf die Fassade, sondern auf zuvor zu errichtenden Holzwänden)
- Martin-Andersen-Nexö-Sporthalle / Ostseevierviertel, Parkseite (nicht auf die Fassade, sondern auf zuvor zu errichtenden Holzwänden)“¹
- „die Außenfläche des Öffentlichen WCs am Greifswalder Südbahnhof“²

als legale Graffitiflächen ausgewiesen werden können, „welche Kosten damit verbunden wären“¹ und falls möglich, diese als legale Graffitiflächen der entsprechenden Kategorie zu kennzeichnen und zur Verfügung zu stellen.

¹ vom Einbringer übernommener Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ

² vom Einbringer übernommener Änderungsantrag der SPD-Fraktion

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
26	10	2

10.14. Änderungsantrag zu: Legale Graffitiflächen im

1 Ortsteil Ostseevierviertel und Schönwalde II und Groß Schönwalde (BV-P/07/0093)

BV-P/07/0117-01

behandelt unter TOP 10.14

Beschluss:

Die Bürgerschaft ergänzt den Beschlusstext der Vorlage BV-P/07/0093, entsprechend den farblich hervorgehobenen Textbausteinen, wie folgt:

Der Oberbürgermeister der Universitäts- und Hansestadt Greifswald wird beauftragt zu prüfen, ob die

- Wandflächen der Fußgängerunterführung Pappelallee/ Koitenhäger Landstraße (Kat. 2),
- die Zaunfläche am Schwimmbad (Richtung Pappelallee) (Kat. 2),
- zusätzliche Übungswände im Ballspielfeld am Schwimmbad (Kat. 1)
- * Sporthalle II (nicht auf die Fassade, sondern auf zuvor zu errichtenden Holzwänden)
- * Martin-Andersen-Nexö-Sporthalle / Ostseevierviertel, Parkseite (nicht auf die Fassade, sondern auf zuvor zu errichtenden Holzwänden)

als legale Graffitiflächen ausgewiesen werden können, welche Kosten damit verbunden wären und falls möglich, diese als legale Graffitiflächen der entsprechenden Kategorie zu kennzeichnen und zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

vom Einbringer übernommen

10.14. Änderungsantrag: Legale Graffitiflächen im 2 Ortsteil Ostseeviertel und Schönwalde II und Groß Schönwalde

BV-P/07/0124

behandelt unter TOP 10.14

Beschluss:

In die Beschlussvorlage „Legale Graffitiflächen im Ortsteil Ostseeviertel und Schönwalde II und Groß Schönwalde“ (BV-P/07/0093) wird als zusätzlicher Punkt die legale Graffitifläche im Ortsteil Schönwalde I und Südstadt aufgenommen:

- die Außenfläche des Öffentlichen WCs am Greifswalder Südbahnhof

Der Titel der Beschlussvorlage ist entsprechend anzupassen.

Abstimmungsergebnis:

vom Einbringer übernommen

10.15 Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in Eldena BV-P/07/0108-01

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Socher bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Liedtke

- . schlägt vor, dass sich der Oberbürgermeister und der Landrat des Landkreises Vorpommern-Greifswald gemeinsam für diese Umgehungsstraße einsetzen.
- . befürwortet die Beschlussvorlage.

Der Oberbürgermeister

- . weist darauf hin, dass das Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern für den Parkplatz an der Alten Schmiede eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung fordere und daher bisher noch keine Genehmigung erfolgt sei.
- Den einheitlichen Geschwindigkeitszonen in Eldena würden die Gesetzgebung und die Landesverkehrsbehörde im Wege stehen.

Herr Prof. Dr. Münzenberg

- geht auf den Zustand des öffentlichen Nahverkehrs in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald ein.
- . kritisiert, die derzeit hohen Preise und langen Fahr- und Wartezeiten. Es würden im Gegensatz dazu eine autofreie Innenstadt und höhere Parkplatzkosten benötigt.
- . schlägt die Einrichtung von Straßenbahnen und park-and-ride-Parkplätzen vor.

Herr Al Najjar

- . weist auf die gesundheitlichen Risiken aufgrund von Lärm hin.
- . bittet um Unterstützung der Beschlussvorlage.

Herr Alexander Krüger

- . beantragt Einzelabstimmung.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Punkte der Beschlussvorlage einzeln abstimmen.

Beschluss:

1. Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister, den bereits seit längerem geplanten P + R-Parkplatz „Alte Schmiede“ zu realisieren und dabei auch Ansätze umzusetzen, dass zunehmend Pendler auf ihrem Weg in die Stadt dazu motiviert sein werden, dort in den ÖPNV oder auch aufs Rad umzusteigen.
2. Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister bei den zuständigen Behörden prüfen zu lassen, ob es möglich ist, die Geschwindigkeit von Fahrzeugen ganztags, aber zumindest ab 22:00 Uhr, auch zwischen Boddenweg und Ortsausfahrt Greifswald auf 30 km/h zu reduzieren, um die Lärmbelästigung der Eldenaer Bürger zu minimieren.
3. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister, sich in Schwerin beim Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung für eine zeitnahe Umsetzung einer Entlastung der Ortsdurchfahrt Greifswald – Eldena durch die Vollendung der Ortsumgehung Greifswald von der B-109 zur L26 einzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
Punkt 1	30	0	8
Punkt 2	24	3	einige
Punkt 3	28	7	3

10.16 Aufstockung des Veranstaltungsbudgets zur Realisierung eines gelungenen Schulabschlusses**BV-P/07/0110-03**

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr von Malottki bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Alexander Krüger

- . fragt, ob die Verwaltung diese Gelder nach Beschlussfassung automatisch in die Haushaltsplanung aufnehme.

Der Oberbürgermeister

. teilt mit, dass die Verwaltung dies in den Haushalt übernehme, sollte der Beschluss gefasst werden und das Projekt sich bewähren.

Frau Damm verlässt die Sitzung der Bürgerschaft.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald erhöht den Ansatz im Unterkonto Veranstaltungen für das Haushaltsjahr 2020 für alle Schulen mit Abschlussklassen in Trägerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald auf 3 EUR pro Schüler der jeweiligen Schule (Stichtag 01.01.2020 Gesamtschülerzahl). Hiermit soll die Anmietung einer passenden Räumlichkeit für die Zeugnisübergabe ermöglicht werden.

Beschlusskontrolle: Bürgerschaft 30.03.2020

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
32	4	1

10.17 Live Stream von öffentlichen Bürgerschaftssitzungen

BV-P/07/0112-01

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Gabel bringt die Beschlussvorlage ein.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft beschließt, dass die Verwaltung eine technische, rechtliche und finanzielle Umsetzung für

- a) einen Livestream der öffentlichen Sitzungen der Bürgerschaft und
- b) Abrufbarkeit dieser Aufzeichnungen auf der Website der Stadt erarbeitet,

die spätestens zum September 2020 umsetzbar sein sollte. Hierfür notwendige Änderungen von Satzungen und Geschäftsordnungen sowie die Finanzierung sollen der Bürgerschaft zuvor entsprechend rechtzeitig zur abschließenden Beschlussfassung vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
31	4	2

10.18 Bestellung eines Betriebsleiters für den Eigenbetrieb "Seesportzentrum GREIF"

BV-V/07/0149

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft bestellt Herrn Friedrich Fichte ab dem 01.02.2020 als Betriebsleiter des Eigenbetriebes „Seesportzentrum GREIF“.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
36	0	1

11 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Hochschild

. möchte wissen, wann die Kleine Anfrage zu den Dienstreisen vom 30.10.2019 beantwortet werde.

Der Oberbürgermeister

. antwortet, dass die Anfrage wesentlich komplexer sei, als ursprünglich gedacht. Die Dienstreisen würden von unterschiedlichen Geldern finanziert (z. B. durch Fördermittel, Städtepartnerschaften, den städtischen Haushalt), was einzeln für die mitgeführten Personen aufgeführt werden müsse. Die Beantwortung werde nächste, spätestens übernächste Woche zur Verfügung gestellt.
Laut Geschäftsordnung gebe es eine Beantwortungsfrist von 14 Tagen. Die Beantwortungsdauer der Kleinen Anfragen liege derzeit durchschnittlich bei ca. dreieinhalb Wochen. Aber die Kleinen Anfragen seien heutzutage sehr umfangreich und es beschäftige die Verwaltungsmitarbeiter*innen sehr lange, die Daten zusammenzutragen.
. bittet, zukünftig noch einmal darüber nachzudenken, ob die Beantwortung aller Fragen wirklich für die politische Arbeit benötigt werde.

Zusätzlich sei festgelegt worden, dass die Jahresabschlüsse vorerst oberste Priorität hätten und daher die eine oder andere Arbeitsaufgabe dafür liegen bleibe.

Herr Khalil

. zählt anhand mehrerer Beispiele auf, in welchen Situationen die von der CDU-Fraktion zur Prüfung vorgeschlagene Videoüberwachung hilfreich gewesen wäre.

Herr Alexander Krüger

. weist darauf hin, dass bei der Baustelle in der Mühlenstraße nicht zwei Fahrräder nebeneinander passen würden.
. fände es gut, zu erfassen, wie viele Arbeitsstunden die Mitarbeiter*innen der Verwaltung für die Beantwortung der Kleinen Anfragen benötigen.
Gegebenenfalls müsse die Geschäftsordnung angepasst werden.

Frau von Busse

. antwortet, dass derzeit durch die Baustelle in der Mühlenstraße kein Radweg führe. Die Radfahrer*innen würden über den Wall umgeleitet werden.
Durch den Bereich der Baustelle führe lediglich ein Gehweg.

Herr Dr. Kerath

. geht auf den derzeit laufenden Streik des öffentlichen Personennahverkehrs ein.
. kritisiert, dass die Stadtwerke Greifswald GmbH den betroffenen Busfahrern*innen die Möglichkeit verweigere, die betrieblichen Toiletten zu nutzen.
. informiert, dass laut OSTSEE-ZEITUNG im letzten Jahr 2.500 Tonnen über die Kaikante im Hafen Ladebow gegangen seien. In der Kalkulation Ende 2018 seien ca. 5.000 Tonnen prognostiziert worden. Außerdem hätte in dem Zeitungsartikel gestanden, dass lediglich 17 Zugfahrten in 2019 auf den Gleisen in Ladebow stattgefunden hätten, in die bereits mehrere hunderttausend Euro investiert worden seien. Die Anzahl der Zugfahrten könnte jedoch nicht erhöht werden, weil dafür ein Rangiergleis benötigt werde, welches auf dem Gebiet gebaut werden müsste, auf dem das STALU den Deich errichtet habe.
. würde sich freuen, wenn die Mitglieder der Bürgerschaft den richtigen Weg für die Entwicklung des Hafengeländes finden würde.

Herr Al Najjar

. möchte wissen, was die Stadt bisher gegen die Wildschweine unternommen habe.

Der Oberbürgermeister

. informiert, dass die Problematik mit den Wildschweinen in vielen Städten bestehe. Es seien in diesem Herbst und Winter bereits deutlich weniger Vorfälle mit Wildschweinen verzeichnet worden. Einerseits seien die Bürger*innen über bestimmte Verhaltens- und Präventionsmaßnahmen unterrichtet worden. Andererseits sei ein Wildtiermanager eingestellt worden, der seit 01.02.2020 im Dienst sei. Dieser werde die notwendigen Maßnahmen weiter intensivieren.

Herr Prof. Dr. Münzenberg

. stellt fest, dass die Verweisung der Beschlussvorlage „Bebauungsplan Nr. 119 - Koitenhagen Süd - der Universitäts- und Hansestadt Greifswald; Aufstellungsbeschluss“ in den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit aus seiner Sicht keine Zeitverzögerung mit sich bringe.

Frau von Busse

. entgegnet, dass dadurch sehr wohl das weitere B-Plan-Verfahren verzögert werde. Die Verwaltung habe nun keine Ermächtigung, voranzuschreiten und Gutachten zu beauftragen. Außerdem werde es im nächsten Gremienlauf keine neuen Fakten geben.

. bietet an, das B-Plan-Verfahren noch einmal zu erläutern, um aufzuzeigen, in welchem Stadium was untersucht werde.

Frau Dr. Wölk

. weist darauf hin, dass im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit zwar die Beschlussvorlage diskutiert worden sei, jedoch niemand aus der Verwaltung anwesend gewesen sei, der den B-Plan hätte vorstellen oder Fragen beantworten können. Daher bestünden die Fragen in der heutigen Sitzung der Bürgerschaft weiterhin.

12 Ende der Sitzung

Der Präsident der Bürgerschaft beendet die öffentliche Sitzung der Bürgerschaft um 21:51 Uhr.

Präsident der
Bürgerschaft:

Protokollant/in:

Egbert Liskow

Sarah Wiesenberg